Nummer 8

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Ostwald, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Lippm, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: H. Konglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 27.

Abendausgabe · 20 Goldpfennig. 69. Jahrgang Sonnabend, 5. Januar 1924

ERICH MEYERFELD BERLIN BEHRENSTR. 55/56 GRUNDSTÜCKE

Pflichten der Lohnpolitik.

Seit der Herausgabe der Rentenmark und dem Abschluß der Goldtarife ist eine gewisse Beruhigung in die Lohnbewegung hineingekommen. Die Unternehmerschaft hat diesmal die Lehren aus der fünfjährigen deutschen Mitzwirtschaft gezogen und mit aller Energie sich von den der Wirtschaft im November 1918 durch unsere Innenpolitik zugefügten Schäden freizuhalten versucht. In der Tat ist die deutsche Unternehmerschaft, deren Namen unter den Rentenmarknoten steht, besonders dazu berufen, unter Einsetzung aller Energie auch auf dem Gebiet der Lohnpolitik zu tun, was nötig ist, um den Weg zur Besserung zu ebnen. Die Oeffentlichkeit hat deswegen richtig erkannt, daß eine lediglich auf dem Lebenshaltungsindex eingestellte Lohnpolitik niemals zu einem Preisabbau, zu einer Wiederbelebung unseres inländischen und ausländischen Absatzes und damit zur Gesundung führen kann. Es ist immer das Schicksal eines im Krieg unterliegenden Volkes gewesen, seine Lebenshaltung gedrückt zu sehen. Dies muß bei einem bis zum Weißbluten kämpfenden Volks- und Wirtschaftsorganismus in besonderem Maße zutreffen. Deswegen muß unsere Lebenshaltung unter dem Friedensstand, unser Lohn unter dem Friedensreallohn sein. Dies spüren im besonderen Maße auch die Beamten, die sich damit wieder zu dem Grundsatz bekennen dürfen, daß sie in erster Linie Diener des Staates sind und mit dem Staat stehen und fallen. Auf der anderen Seite darf nicht verkannt werden, daß auch die derzeitigen Lohnsätze schon eine Besserung des Reallohns gegenüber dem Stand von September bis November v. J. brachten, da der Lohn im werkbeständigen Geld zur Auszahlung kommt. Man schätzt diese Reallohnverbesserung für sich allein schon auf 15—20 Prozent. Jeder Lohn- und Gehaltsempfänger sollte heute daran denken, wie er in den letzten Zeiten des Währungszerfalls immer wieder betonte, auch mit einem niedrigen Lohn zufrieden zu sein, wenn er nur wenigstens wertbeständig zur Auszahlung käme. Jetzt ist diese Voraussetzung gegeben. Seit aber jetzt wieder die durch die unselige Tarif- und Schlichtungspraxis derletzten 5 Jahre berücksichtigt gewordene Lohnschraube an, dann wird der Druck auf den gegen die Inflation aufgeschütteten Wall zu stark und neue Inflationsgefahr wird kommen. Die Sanierung des Staatshaushalts wird nicht möglich sein. Der Preisabbau, der mit der neuen Herabsetzung der Kohlenpreise eingeleitet ist, wird im Keim zerstört. Auch hier steht das Volk an einem Wendepunkt. Entsetzung und Mehrarbeit sollten die Stichworte sein, mit denen Unternehmer und Arbeiter sich im Interesse des Volksganzen zu neuer Gemeinschaftsarbeit zusammenfinden sollten. Die Verlängerung der Arbeitszeit wird auch von selbst eine Erhöhung des täglichen Verdienstes und damit des Reallohns bringen. Sie wird erheblich zur Verbilligung der Produktion und zum Preisabbau beitragen. Noch immer ist eine im Wirtschaftsprozeß sich ergebende Herabsetzung der Preise ein besseres Mittel für die Aufrechterhaltung oder Verbesserung der Lebenshaltung gewesen, als die Schaffung zusätzlicher Kaufkraft durch Lohnerhöhungen, die praktisch immer Inflationsquellen erschließen.

Die deutsche Vertretung in der Türkei.

eca **Berlin**, 5. Januar.

Zum deutschen Gesandten in der Türkei soll nach englischen Blättermeldungen der frühere Außenminister Rosenberg in Aussicht genommen sein. Diese Behauptung eilt zum wenigstens den Tatsachen voraus. Soweit wir unterrichtet sind, bestehen zwischen dem Reich und der Türkei z. Zt. noch nicht so feste Beziehungen, die eine Vertretung des deutschen Reiches in der Türkei rechtfertigen könnten. Wir glauben zu wissen, daß die Frage der eventuellen späteren Besetzung des genannten Postens in der Türkei überhaupt noch nicht erörtert worden ist. Wohl hat zwischen der Reichsregierung und der türkischen Regierung eine unverbindliche Fühlungnahme stattgefunden darüber, unter welchen Voraussetzungen ein vertragliches Verhältnis zwischen dem Reich und der Türkei später geschaffen werden kann, ähnlich wie zwischen der Türkei und anderen Staaten, die an dem endgültigen Friedensvertrag mit der Türkei nicht beteiligt sind.

Noch über 2000 Ruhrgefangene in französischer Gefangenschaft.

Der französische Propagandadienst bemüht sich, die Dinge so darzustellen, als ob nur noch verhältnismäßig wenig Ruhrgefangene in den Gefängnissen schmachteten. Demgegenüber ist festzustellen, daß zurzeit noch über 2000 Gefangene in den Gefängnissen des Rheinlandes und des Reichsgebiets sich befinden, vorausgesetzt, daß die von den Franzosen gemachten Angaben stimmen, daß in den letzten Wochen 300 Amnestierungen erfolgt sind. An zuständiger deutscher Stelle ist man aber der Ansicht, daß diese Zahl zu hoch gegriffen ist. Wenn die Franzosen die Zahl der Ruhrgefangenen niedriger angeben, so liegt das daran, daß sie nur die „politischen" Gefangenen zählen, nicht aber die wegen angeblicher krimineller Vergehen Verhafteten. Tatsächlich handelt es sich hier aber in sehr vielen Fällen um politische Gefangene. In französischen Gefängnissen befinden sich noch 89 Ruhrgefangene (davon 30 in St. Martin de Ré), in belgischen Gefängnissen 10 Ruhrgefangene.

Englands Entente mit Italien und Spanien gegen Frankreich.

Nordamerika in Bereitschaft.

Jeden Tag wird es deutlicher, daß die Neuorientierung der englischen und französischen Politik und damit die aller übrigen Mächte in vollem Gange ist. Frankreich befestigt sein Bündnissystem in Ost- und Südost-Europa. Die soeben auftauchende Nachricht, daß es binnen kurzem mit Südslawien ein Bündnis nach dem Vorbild des mit den Polen und den Tschechen geschlossenen abschließen wird, hat alle innere Glaubwürdigkeit für sich. Auch die Stellungnahme der französischen Presse für Afghanistan in seinem Gegensatz zu England kann als Vorbote einer Annäherung Frankreichs an Afghanistan gewertet werden.

England tritt dagegen seinerseits offen auf die Seite der Italiener und Spanier. Soeben brachte der Draht die Sensationsnachricht, daß die englische Mittelmeerflotte noch in diesem Monat gemeinschaftliche Manöver mit Teilen der italienischen und spanischen Flotte abhalten wird. Die Verständigung zwischen England, Italien und Spanien wird damit vor aller Welt kundgetan. Niemand wird daran zweifeln, am allerwenigsten in Paris, daß sie in der Hauptsache gegen Frankreich gerichtet ist. Nach bewährtem Rezept wird England als der größte und stärkste der Partner die Wünsche Italiens und Spaniens auch in anderen Fragen berücksichtigen und wahrscheinlich schon feste Zusagen gemacht haben. Darauf führen wir es zurück, wenn Mussolini jetzt erneut bei der südslawischen Regierung darauf dringt, die Fiume-Frage endgültig zu regeln, wobei in Rom natürlich vorausgesetzt wird, daß die Regelung in italienischem Sinne erfolgen wird. Auch die Befriedigung der italienischen Wünsche in Afrika, die schon beim Besuch des englischen Königspaares in Rom im Frühjahr v. J. verabredet waren, durch Ueberlassung des Djubalandes und durch Hilfe bei der Unterwerfung Tripolitaniens dürfte jetzt erfolgen. Daß sich der Gegensatz zwischen Südslawien und Bulgarien gegenwärtig verschärft, hängt sicher ebenfalls mit dem Vorgehen Italiens und Englands zusammen. Aus demselben Grunde ist damit zu rechnen, daß die Tangerfrage von neuem der Gegenstand diplomatischer Verhandlungen werden wird, da Spanien und Italien mit der jüngsten Regelung nicht zufrieden sind.

Nicht nur in London, sondern auch in Paris treten binnen kurzem die Parlamente wieder zusammen, sodaß die Gegner Poincarés bald wieder Gelegenheit haben, ihn wegen Isolierung Frankreichs zur Rechenschaft zu interpellieren.

Daß Nordamerika diese ganze Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit verfolgt und sich für alle Fälle vorbereitet, geht aus seinen großen Rüstungen zur See hervor. Seine diesjährigen Flottenmanöver, die wieder jetzt im Januar—Februar stattfinden, werden die ungewöhnlich großen des vorigen Jahres an Ausdehnung und Bedeutung noch übertreffen.

•

Englisch-italienisch-spanische Flottenmanöver im Mittelmeer.

TU **Rom**, 4. Januar.

Im Januar werden im Mittelmeer Flottenmanöver der englischen Flotte stattfinden, an denen Verbände der italienischen Flotte teilnehmen werden. Ebenso ist die Teilnahme spanischer Marineverbände in Aussicht genommen. An dem Flottenmanöver werden in größerem Umfange die Flieger- und Unterseebootswaffen beteiligt sein. Man mißt hier diesen Flottenmanövern besondere Bedeutung bei, weil es das erste Mal ist, daß englische Verbände mit italienischen und spanischen Flottenteilen in Durchführung einer gemeinsamen Idee manövrieren

Generalprobe dernordamerikanischen Flotte am Panamakanal.

eca **London**, 4. Januar.

Aus Washington wird dem Exchange Telegraph gemeldet, daß das Marineministerium der Vereinigten Staaten die Mobilisation der Flotte im Atlantischen und im Stillen Ozean angeordnet und den Plan für große Seemanöver ausgearbeitet hat, die im Januar und Februar stattfinden sollen. Eine Flotte von 15 Panzerschiffen, 4 Kreuzern, 68 Torpedobootsgeschützen, 11 Unterseebooten, 87 Hilfsschiffen, 129 Minenlegern und zahlreichen Schleppern wird an diesen Manövern teilnehmen, die an Umfang alles bisher Dagewesene übertreffen. Das Ziel dieser Operationen zur See, die sich in den Antillen vollziehen werden, ist es, die Möglichkeit einer Verbindung der amerikanischen Flotten durch den Panama-Kanal für den Fall des plötzlichen Auftauchens feindlicher Schiffe im Norden des Atlantik zu prüfen.

Mussolini drängt wieder auf Regelung der Fiumefrage.

TU **Belgrad**, 5. Januar.

Der neue italienische Gesandte Graf Morano wird noch vor Beginn der Konferenz der Kleinen Entente in Belgrad erwartet. Nach Berichten der Korrespondenten in Rom erklären die führenden Blätter, Graf Morano sei mit der besonderen Mission von Mussolini betraut, in der Fiumefrage ein volles Einvernehmen mit Südslawien herzustellen.

Französisches Bündnis auch mit Südslawien.

TU **Paris**, 5. Januar.

Aus Belgrad wird berichtet: In offiziellen Kreisen verlautet, daß ein franko-südslawischer Vertrag nach denselben Gesichtspunkten wie der französisch-tschechoslowakische Vertrag in unmittelbarer Zukunft zur Unterzeichnung gelangen werde.

•

Die Nachricht über den unmittelbar bevorstehenden Abschluß eines französisch-südslawischen Vertrages wird an Berliner unterrichteter Stelle als zum mindesten verfrüht bezeichnet. Auf der Belgrad-Reise südslawischen Gesandtschaft ist offiziell von einem nahe bevorstehenden Abschluß des erwähnten Abkommens nichts bekannt. Nach Auslassungen Belgrader Blätter ist es jedoch möglich, daß die Frage eines solchen Abkommens auch auf der Januarkonferenz der Kleinen Entente erörtert wird.

Das Programm der Konferenz der Kleinen Entente.

TU **Dresden**, 5. Januar.

Die tschechoslowakische Regierung erklärt, daß das Programm der Belgrader Konferenz nur drei Punkte enthalten werde. 1. Die ungarische Sanierung nach dem definitiven Protokoll im Finanzkomitee des Völkerbundes, das am 17. Januar in London unterschrieben werden soll. 2. Die Stellungnahme zu der bevorstehenden Anerkennung der Sowjetregierung und 3. gewisse Richtlinien für die Politik auf dem Balkan. Soweit Griechenland in Betracht kommt, wird dies als eine Angelegenheit betrachtet, welche neben Rumänien auch Jugoslawien, nicht aber die Gesamtheit der Kleinen Entente betreffe. Von einem Beitritt Polens ist keine Rede; in Zukunft soll aber dort, wo die Interessen Polens mit denen der Kleinen Entente übereinstimmen, gemeinsam vorgegangen werden.

Belgiens Hauptziel: Erhaltung der englisch-französischen Entente.

London, 5. Januar.

„Daily Telegraph" veröffentlicht eine Unterredung seines politischen Beobachters mit dem belgischen Außenminister Jaspar. Dieser erklärte u. a., die belgische Außenpolitik verfolge eine Linie vollkommener Unabhängigkeit. Es sei das Hauptziel der belgischen Politik, die Entente zwischen Frankreich und Großbritannien zu wahren und konsolidieren zu helfen. Die belgische Haltung gegenüber Deutschland sei daher nicht ausschließlich von seinen eigenen Interessen diktiert, sondern von interalliierten Erwägungen. Sie sei nicht diktiert von Haß oder Rache. Belgien wünsche die Bezahlung seiner gerechten Forderungen, ohne die es nicht hoffen könne, zu einem einigermaßen ausgeglichenen Budget zurückzukehren. Belgien sei ins Ruhrgebiet gegangen, weil es der Ansicht war, daß dies das beste Mittel sei, Deutschland zum Zahlen zu bringen. Die Tatsachen bewiesen, führt Jaspar fort, daß Belgien Recht gehabt habe. Die Ruhrkrise werde bald aufhören, den Gegenstand von Erörterungen zu bilden, denn nachdem der passive Widerstand eingestellt sei, arbeiteten die Deutschen mit erstaunlicher Schnelligkeit, um alle Spuren des industriellen Kampfes zu beseitigen. Das Ruhrgebiet arbeite wieder.

Die Frage der Militärkontrolle vor der Botschafterkonferenz.

Paris, 5. Januar.

Die Botschafterkonferenz wird sich, wie das „Echo de Paris" mitteilt, in ihrer heutigen Sitzung wiederum mit der Frage der Militärkontrolle in Deutschland beschäftigen. Die Note, die am 21. November an die deutsche Regierung gerichtet wurde und die keine Androhung von Sanktionen enthalten habe, sei ein toter Buchstabe geblieben. Man müsse also die Debatte, die am 21. November vorläufig abgebrochen wurde, wieder aufnehmen und wenn möglich zu einer praktischen Schlußfolgerung bringen. In den letzten Tagen habe ein Meinungsaustausch zwischen dem Quai d'Orsay und dem Foreign Office stattgefunden und gestern abend habe Marschall Foch sich mit diesem Problem beschäftigt.

Ein sozialdemokratischer Reichswehrminister?

Während des Interregnums zwischen den Regierungen Stresemann und Marx, das die Diskussion um Diktatur und Diktator hervorbrachte, und während der Verwicklungen der letzten Monate in Mitteldeutschland ist die Reichswehr, ihr Wesen und ihr Wirken, wieder in den Vordergrund der innenpolitischen Bühne getreten. Im hellen Licht der Rampen wurde ihr Charakter und ihre Tätigkeit beleuchtet und kritisiert, Parteien bemühten sich um ihre Gunst. Sie ging unbeirrt ihres Weges, tat ihre Pflicht in der Mitte zwischen Freund und Feind, stiftete Ordnung und stellte die Ruhe wieder her. Dadurch verdarb sie es mit den Unruhestiftern und mit denen, die aus innerer Zuneigung oder Wahlverwandtschaft mit den Unruhestiftern Arm in Arm gingen. Die linksradikalen Schichten Mitteldeutschlands, die der Möglichkeit, das Bürgertum zu terrorisieren, vorläufig beraubt sind, hassen die Reichswehr schlimmer denn je, und die Sozialdemokraten bekämpfen sie, seit ihre Vertreter nicht mehr mit Herrn Dr. Geßler auf einer Ministerbank sitzen, erstens weil auch so mancher Sozialdemokrat in Sachsen und Thüringen der Reichswehrordnung hat weichen müssen, zweitens weil das „proletarische Solidaritätsgefühl" die Kampfgenossenschaft mit den Kommunisten gegen die Reichswehr erheischt, drittens weil nach dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Regierung die Reichswehr plötzlich ein Instrument der „Bourgeoisie" geworden ist. Diese drei Momente belschwingen die heftigen Angriffe, die die sozialdemokratischen Organe seit einiger Zeit tagtäglich gegen die Reichswehr richten.

Gegen die Sachlichkeit dieser Angriffe sticht sehr vorteilhaft das Bild ab, das der militärische Sachverständige der sozialdemokratischen Partei, der frühere aktive Hauptmann und spätere sächsische Polizeiobrist Schützinger in der neuesten Nummer der „Glocke", in einem Aufsatz „General v. Seeckt — Reichswehr und Republik" von der jetzigen deutschen Militärmacht und ihrem Führer entwirft. Er zeichnet die von einander so verschiedenen Typen von Generalen wie Ludendorff, Seeckt, Hoffmann und Reinhardt, und warnt seine Parteigenossen davor, sie alle „mit der gleichen Sauce des Fetzistenschrecks zu übermalen". Er erkennt die überragende Potenz Seeckts, als Geist und als Persönlichkeit, und spricht es als sein unvergängliches Verdienst an, das typische Söldnerheer, das die Reichswehr doch nun einmal ist, mit einem „achtungswerten Arbeitsgeist und einer wuchtigen inneren Geschlossenheit" angefüllt zu haben. Der Sozialdemokrat Schützinger tritt seinen eigenen Parteigenossen entgegen, die die deutsch-völkische Agitation als das hervorstechendste Merkmal in der Reichswehr schildern, er stellt fest, daß die Reichswehr in den für die deutsche Innenpolitik entscheidungsvollsten Situationen — in Küstrin und am Odeonsplatz in München — fest ihre Pflicht getan hat und keiner politischen Neigung erlegen ist.

Das ist der erste Teil des Aufsatzes. Mit dem Fazit aus diesen Betrachtungen beschäftigt sich der zweite. Und dieses Fazit ist, um es vorwegzunehmen, die Forderung — die Schützinger wohl im Benehmen mit den führenden Persönlichkeiten seiner Partei ausspricht — die Forderung, daß in einer Reichsregierung, an der auf Grund der Neuwahlen die sozialdemokratische Partei etwa beteiligt wäre, „endlich einmal die Todsünden der Vergangenheit gutgemacht werden und das eine Postulat auf Biegen oder Brechen durchgezwungen werden müßte: Das Reichswehrministerium besetzt von Vertretern der deutschen Arbeiterschaft!"

Schützinger hat, wie angedeutet, offenbar den Auftrag, diese Forderung aufzustellen für den von den sozialdemokratischen Führern erhofften Fall, daß die Reichstagsneuwahlen in der Quantität der bürgerlichen Wählermasse und der Quantität der sozialdemokratisch-kommunistischen Wählermasse keine wesentliche Verschiebung zeitigen wird. Diese Voraussetzung soll hier keinem Wertunteil unterzogen werden. Wichtig ist es nur, hier zu untersuchen, womit der Sozialdemokrat bzw. die Sozialdemokratie ihr „Postulat auf Biegen und Brechen" begründet. Schützinger hält der Reichswehr die österreichische Mehrmacht gegenüber, die „der geistige und materielle Besitz der republikanischen Arbeiterschaft" sei, während die deutsche Reichswehr „der Besitz des rechtsstehenden Bürgertums" sei. Er begründet diese letztere Behauptung nicht, und deshalb ist sie, die Grundlage des sozialdemokratischen Postulats, um so unbegründeter, als Schützinger selbst, zwölf Zeilen vorher, seiner Partei die Lektüren liest, weil sie „bei der letzten Stresemann-Debatte im Reichstage die „Säuberung" der Reichswehr verlangte, in einem Augenblick, in dem ein alliger Offizier in München den Feuerbefehl auf die Ludendorffsche Sturmkolonne gab und dem zusammengestürzten General die Worte zurief: Herr General, Sie sind verhaftet!" Mit dieser Verteidigung der Reichswehr und mit dem ganzen objektiven Bilde, das Schützinger von der Reichswehr und ihrem Führer vorher entwirft, schlägt er der sozialdemokratischen Aktion die Stoßwaffe selbst aus der Hand. Der Sozialdemokrat muß anerkennen, daß die Reichswehr, unmorden von Kreisen, mit der sie in vieler Beziehung Erziehung und Tradition verbinden, in Situationen, wie sie gefährlicher überhaupt nicht sein können, keiner Verführung erlegen ist, sondern unbeirrt den Weg ihrer vaterländischen Pflicht gegangen ist. Mit der kümmerlichen Begründung des sozialdemokratischen Postulats hat er den festen Boden des Tatsächlichen verlassen und sich der